

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 96 846 ppbn d

## Inhalt

Eugen Glombig MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zu Unions- und FDP-Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes: SPD kann nicht zustimmen. Seite 1-3

Franz Müntefering MdB gibt einen Ausblick auf den SPD-Städtebaukongreß am 18./19. Januar in Dortmund: Rückenwind für unsere Städte. Seite 4/5

Dokumentation  
Willy Brandt zum 80. Jahrestag der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Bremen. Seite 6-8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 10B-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 8

11. Januar 1980

Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes

Vorschläge aus den Reihen der Union und der FDP können die Zustimmung der SPD nicht finden

Von Eugen Glombig MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die sozial-liberale Koalition in Bonn wird über das Jahr 1980 fortgesetzt. Das ist nicht allein dem Kanzlerkandidaten der Union, Franz-Josef Strauß, zuzuschreiben. Die Koalitionsparteien haben ein gemeinsames Programm zu erarbeiten und umzusetzen. Der Vorrat an Gemeinsamkeiten von SPD und FDP ist nicht erschöpft; Franz-Josef Strauß als Programm ist keine Alternative. Ob das Betriebsverfassungsgesetz in der nächsten Legislaturperiode fortentwickelt werden kann, ist jetzt nicht zu übersehen. Den von der FDP erarbeiteten Thesen zur "Fortschreibung des Betriebsverfassungsgesetzes" kann die SPD nicht zustimmen. Das, was uns und den Gewerkschaften wichtig erscheint, findet dagegen nicht das Wohlgefallen der FDP. Die beiden Koalitionsparteien haben seit vielen Jahren ihre bekannten Positionen zur betrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer. In diesem Punkt tragfähige Kompromisse zu finden, ist sehr schwierig.

Das Bundesarbeitsgericht hat bereits vor fünf Jahren entschieden, daß leitende Angestellte Sprecherausschüsse bilden dürfen. Aus der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes geht aber auch hervor, daß der Betriebsrat das alleinige Vertre-



tungsorgan für die nach dem Betriebsverfassungsgesetz aktiv und passiv Wahlberechtigten ist. Um die rechtliche und gesellschaftspolitische Bedeutung zu begreifen, muß man wissen, daß der für den kleinen Personenkreis leitender Angestellter gebildete Sprecherausschuß im Gegensatz zum Betriebsrat keine Vereinbarungen treffen kann, die unmittelbar Bestandteil einzelner Arbeitsverhältnisse werden. Nach gegenwärtigem Recht können Sprecherausschüsse damit in der Ausübung ihrer Tätigkeit kein Konkurrenzorgan zum Betriebsrat sein.

Diesen Rechtszustand zu ändern, ist das erklärte Ziel der FDP, niedergelegt in den Thesen zur "Fortschreibung des Betriebsverfassungsgesetzes". Ein Gruppenantrag aus den Reihen der Union ist kurz vor Weihnachten im Deutschen Bundestag eingebracht worden, um das gleiche Ziel zu verfolgen. Die FDP hat inzwischen eigene ältere Urheberrechte geltend gemacht - mögen sich die Beteiligten darüber streiten, wer Recht hat. Mit dem Gruppenantrag scheint die Union leicht die Nase vorn zu haben, hat sie doch einen ausformulierten Gesetzesantrag vorzuweisen. Beide Seiten haben keine Chance, ihre Vorschläge in das Bundesgesetzblatt hineinzuschreiben, denn eine Mehrheit im Deutschen Bundestag wird es nicht geben. Die SPD wird eine Atomisierung der Arbeitnehmer-Interessenvertretung zu verhindern wissen. Mit den Sprecherausschüssen ist keine nebensächliche Frage angesprochen, sondern eine gesellschaftspolitische Weichenstellung von grundsätzlicher Bedeutung. Der FDP und Teilen der Union geht es um einen zweiten Betriebsrat. Damit würde das Betriebsverfassungsgesetz nicht fortentwickelt, sondern verwässert. Für die SPD gibt es in dieser Frage keinen Raum für irgendwelche Kompromisse.

Die FDP hat in den Thesen zur "Fortschreibung des Betriebsverfassungsgesetzes" sich auch einige Gedanken gemacht, die nicht von vornherein als rückschrittlich zu bewerten sind. Das gilt für die Verbesserung der Arbeitnehmervertretung in Tendenzbetrieben, die Erweiterung der Freistellung von Betriebsräten und die Vorschläge über zusätzliche Einigungsmöglichkeiten zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung. Die Vorschläge zum Wahlverfahren können dagegen unsere Zustimmung nicht finden. Ein stärkeres Ver-



häftniswahlrecht ist keinesfalls angebracht. Nach unserer Auffassung muß vielmehr über eine Vereinfachung der Wahlvorschriften und den Vorrang der gemeinsamen Wahl von Arbeitern und Angestellten nachgedacht werden.

Ob Arbeitsgruppensprecher, wie die FDP vorschlägt, gewählt werden sollten, ist seit jeher umstritten. Vor der blauäugigen Argumentation, damit könnten die demokratischen Rechte ausgebaut werden, kann nur nachdrücklich gewarnt werden, denn im Endergebnis wären damit nur Konflikte auf der Arbeitnehmerseite vorprogrammiert. Man wird den Verdacht nicht los, daß mit Arbeitsgruppensprechern die Interessenvertretung durch die Betriebsräte geschmälert werden soll.

Der Vorschlag der FDP, die betrieblichen Jugendvertretungen auch auf die Auszubildenden über 18 Jahre auszudehnen, ist unsinnig, denn die Jugendvertretung muß sich den spezifischen Interessen jugendlicher Arbeitnehmer annehmen. Ein Auszubildender, der zum Beispiel 22 Jahre alt ist, ist kein Jugendlicher mehr. Schlicht gesagt: Der Sinn des FDP-Vorschlags ist nicht verständlich.

Die FDP will, daß die leitenden Angestellten neu "abgegrenzt" werden. Die SPD kann dieser Forderung selbstverständlich nicht zustimmen. Der FDP geht es darum, den Kreis sogenannter leitender Angestellter möglichst weit zu ziehen. Das kann nicht im Interesse der Arbeitnehmer und Gewerkschaften sein. Zusammen mit den Vorschlägen zur Ausgestaltung der Sprecherausschüsse scheint das der Punkt zu sein, auf den es der FDP hauptsächlich ankommt. Das würde das Instrument sein, um die Arbeitnehmer in den Betrieben in zwei Gruppen zu spalten. Deshalb kann es für die SPD keinen Sinn haben, einer solchen Forderung näher zu treten.

Das Betriebsverfassungsgesetz hat sich bisher bewährt. Es kann in seiner praktischen Anwendung allerdings noch besser ausgeschöpft werden. Eine gesetzestechnische Überarbeitung ist deshalb nicht so dringlich. Wenn sich jedoch der Gesetzgeber an die Arbeit macht, müßte dabei eine echte Fortschreibung herauskommen. Weder der Gruppenantrag der Union noch die Thesen der FDP bieten dazu eine diskussionsfähige Grundlage. Wichtig wäre aus unserer Sicht zum Beispiel

- eine stärkere Sicherung der Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den Gewerkschaften;
- die Ausdehnung der Mitbestimmungsrechte auf den sozialen und arbeitsorganisatorischen Bereich;
- die Festlegung der Initiativ- und Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung;
- die Sicherung der Mitbestimmung bei der Planung und Organisation beruflicher Bildungsmaßnahmen sowie deren Gestaltung und Durchführung;
- die Verbesserung der Grundlagen für die Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses.

Damit sind nur einige wesentliche Forderungen der SPD genannt. (-/11.1.1980/ks/ca)

+ + +



Rückenwind für unsere Städte  
-----

Anmerkungen anlässlich des Städtebaukongresses der SPD 18./19. Januar Dortmund

Von Franz Müntefering MdB:

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Zuletzt 1977, als ZIP - das Zukunftsinvestitionsprogramm - entstand, rückte der Städtebau in Bonn in den Mittelpunkt des allgemein politischen Interesses. 950 Millionen DM Bundesanteil wurden - verteilt auf vier Jahre - für Maßnahmen des Städtebaus, ergänzt um gleich große Anteile der Länder, an die Kommunen gegeben. Historische Stadtkerne, Ersatzwohnungsbau, Infrastruktur und die Verlagerung von Gewerbebetrieben wurden damit finanziert. Das waren wichtige Impulse für unsere Städte. ZIP war ein Erfolg.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm sicherte auch Arbeitsplätze und schaffte neue; Hoch- und Tiefbau trieben im Jahre 1979 auf den Kamm einer Hochkonjunktur. Die teilweise übermäßigen Preissteigerungen führten im politischen Raum zu Empfehlungen, Aufträge zu strecken und so die Situation zu beruhigen. Abkühlung schien gewünscht. (Die jüngsten Prognosen zeigen allerdings schon wieder in andere Richtung.)

Aber wir werden den Problemen unserer Städte nicht gerecht, wenn wir sie immer wieder primär unter dem Blickpunkt der Konjunktursteuerung betrachten; der Städtebau muß um seiner selbst willen auf hohem Niveau verstetigt werden:

- Defizite im Wohnumfeld (Lärm, zu wenig Grün, Verkehrsgefährdung für Fußgänger, kein Platz für Kinder) belasten die Bewohner. Das gilt für große und zunehmend auch für kleinere Städte.
  
- 1979 konnten 577 Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen aus dem Bundesprogramm finanziert werden. Dreimal so viele Interessenten gibt es, die zunächst einmal nicht berücksichtigt werden konnten. (Aber ZIP läuft jetzt aus. Statt 500 Millionen einschließlich ZIP sind es dann noch rund 260 Millionen DM, die für Maßnahmen



nach dem Städtebauförderungsgesetz bundesseitig zur Verfügung stehen).

- Aus der Wohnungsknappheit kann eine Wohnungsnot werden (Frankfurt Ende 1974 = 8.355 Wohnungssuchende, 1978 = 20.048, die Tendenz ist anderswo ähnlich).

Unsere Städte brauchen Rückenwind:

- o Unkomplizierte deutliche Hilfen für Wohnumfeldverbesserung.
- o Verstärkte Mittel für Sanierung.
- o Öffentlich geförderten Miet- und Eigentumswohnungsbau.
- o Kontinuierliche Verbesserung des Bestandes durch Modernisierung.
- o Die Chance für eine stärker städtebaulich bestimmte Koordinierung der verschiedenen Maßnahmen.

Stärker als irgendwo sonst beweist sich in unseren Städten und Gemeinden, ob wir nachdenklich genug geworden sind und es ernst meinen mit dem "qualifizierten" Wachstum. Im Städtebau kann der Dialog mit den Bürgern neu begonnen oder fortgeführt und kann Glaubwürdigkeit gewonnen oder zurückgewonnen werden.

Dies ist zwar nicht allein und nicht einmal vorrangig Aufgabe des Bundes; Länder und Gemeinden selbst sind ebenfalls gefordert. Aber ohne den Bund wird es eben doch nicht gehen, die Verknüpfungen der Politikbereiche sind zu komplex und die bundesweite Motivation zu wichtig.

Die aktive und auch finanziell erhebliche Beteiligung der betroffenen Bürger - vor allem im Bezug auf Wohnstandard - scheint erreichbar. Die ungebrochene Popularität des Bausparens ist ein Indiz.

Und zwei andere Aufgaben von vergleichbarem Gewicht:

- Energie zu sparen,
- Arbeitsplätze zu sichern,

eignen sich vorzüglich, mit dem Städtebau verknüpft und in ihn integriert, teilweise gelöst zu werden.

Vielleicht ist der Städtebaukongreß am 18./19. Januar in Dortmund, zu dem die SPD und ihre Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungspolitik eingeladen haben, Anlaß für Partei und Fraktionen, dem Städtebau neue Schubkraft zu geben. Und dabei in ihm mehr zu suchen als den Transmissionsriemen für andere wichtige Ziele.

(-/11.1.1980/bgy/ks/oa)



**Konsens im Einigungsprozeß**

-----  
Das Europäische Parlament sechs Monate nach seiner ersten Direktwahl

Von Horst Seefeld MdB/MdEP

Obmann der deutschen Sozialdemokraten in der  
Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

In der Geschichte der europäischen Einigung wird nach einem dornenreichen, von vielen Enttäuschungen gekennzeichneten Weg das Jahr 1979 einen besonderen Stellenwert einnehmen. Es war das Jahr, in dem zum ersten Mal in der europäischen Geschichte neun Völker, Millionen von Bürgern über Grenzen hinweg gemeinsam ein - und damit ihr - Parlament gewählt haben. Die erste Direktwahl war damit auch ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zu einer stärkeren Demokratisierung der Gemeinschaftsinstitutionen.

Auf der konstituierenden Sitzung des Bundeskomitees Europa-Wahl am 13. November 1978 in Bonn sagte ich: "Ein um die Erweiterung seiner Funktionen kämpfendes, erstarkendes Parlament wird dem Aufbau der Gemeinschaft neue Impulse geben, weil es durch seine wachsende, auf dem unmittelbaren Auftrag der Bürger gegründete Kraft den Gegenpol - nämlich die im EG-Ministerrat zusammengefaßten Regierungen - zwingt, das gemeinsame europäische Interesse über das nationale zu stellen und mehr Dynamik zu entwickeln." Vieles davon ist in den wenigen Monaten seit der Gründung des Europäischen Parlaments eingetreten; die ersten Sitzungen, die Auseinandersetzungen um den EG-Haushalt, aber auch das Zusammenraufen um die Tagesordnung des Parlaments machen deutlich, daß hier eine Institution geschaffen wurde, die sich ihres demokratischen Auftrages voll bewußt ist.

Gerade die Ablehnung des EG-Haushaltes 1980 durch das Europäische Parlament stellt einen Vorgang dar, über dessen Tragweite sich vielleicht viele im Land noch nicht bewußt geworden sind. Die Zeiten, in denen die EG ohne wirksame demokratische Kontrolle allein durch die neun Regierungen verwaltet wurde, sind vorbei; Die Regierungen, die die direkte Wahl gewollt haben, müssen wissen, daß vom Volke gewählte Parlamentarier ihren Auftrag ernst nehmen und erfüllen. Der Ministerrat sollte die Direktwahl und das daraus entstandene Parlament ernst nehmen und den Willen der Volksvertreter, die die Bürger repräsentieren, respektieren.



DOKUMENTATION

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat am Donnerstagnachmittag in Bremen anlässlich des 80. Jahrestages der Bildung der ersten sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion der Hansestadt gesprochen. Wir dokumentieren den historischen Teil seiner Ansprache.

80 Jahre SPD-Bürgerschaftsfraktion in Bremen

Wenn wir den historischen Bogen schlagen, so können wir feststellen, daß sich hier vieles widerspiegelt von dem, was im Guten wie im Bösen die deutsche Geschichte ausmacht; daß es daneben aber Eigenentwicklungen gab, die man nicht unter den Teppich kehren darf, zumal Bremen und die Bremer Sozialdemokratie überwiegend stolz darauf sein können. Der historische Bogen führt uns an die Quellen sozialistischen, sozialdemokratischen Denkens und Wollens heran. Und jeder, der sich auch nur ein ganz klein wenig auskennt, weiß um die Rolle, die - gleichrangig neben dem sozialen Aufbruch und einem erweiterten Freiheitsverständnis - von allem Anfang an der Kampf um den Frieden gespielt hat. 80 Jahre Sozialdemokraten als Fraktion in der Bremer Bürgerschaft, das heißt - zusätzlich zu aller täglichen Mühe um die vielfältigen Fragen des städtischen Gemeinwohls - auch acht Jahrzehnte des Mitstreitens für gute Nachbarschaft, im Innern und nach außen.

Als vor 80 Jahren erstmals elf Sozialdemokraten in die ehrwürdige Bremer Bürgerschaft einzogen - ganz genau war es wohl gestern abend vor 80 Jahren, daß man Friedrich Ebert zum ersten Fraktionsvorsitzenden wählte - wurden sie von den übrigen dort Anwesenden wie Wesen von einem anderen Stern mißtrauisch beäugt, oder auch nur belächelt. Aber, wie die zeitgenössischen Quellen ausweisen, erwachsen sie bald zu dem, was andere als politisches Ärgernis empfanden. Es handelte sich ja in der Tat um ein unerhörtes Ereignis, war doch die Bürgerschaft bis dahin nach "Klassen" und nicht nach Parteien geordnet. Unter ihrem energischen Fraktionschef, dem Handwerker, der zum Reichspräsidenten werden sollte - von den Behörden damals als "gewerbsmässiger Agitator" gebrandmarkt -, traten die Sozialdemokraten an, um auch in der Bürgerschaft gegen Armut und Rechtlosigkeit zu reden und zu wirken. Es gibt dann einige Erfahrungen, die ich anstelle noch eines geschichtlichen Rückblicks vermitteln möchte.

Zuerst bleibt die Tatsache festzuhalten, daß in Bremen 1899 ein Achtklassenwahlrecht galt; man vergißt das manchmal, weil in der Geschichtsschreibung natürlich der Kampf um und gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht einen stärkeren Niederschlag gefunden hat. Die historische Lehre besagt, daß die alte, die Bebel'sche Partei auch unter ungerechten Bedingungen parlamentarisch angetreten ist und sich keine Tribüne oder gar Plattform hat entgehen lassen. Ich bin nicht sicher, ob das Ringen um wirtschaftliche Mitbestimmung schon auf ähnliche Weise und hinreichend als Teil eines historischen Prozesses verstanden worden ist.

An dieser Stelle kann ich mir nun doch eine kleine Abschweifung nicht verkneifen; sie ergibt sich daraus, daß ich die Lübecksche Geschichte aus naheliegenden Gründen noch etwas besser kenne als die bremische. Auch in meiner Mutterstadt gab es das Mehrklassenwahlrecht, auch dort gab es ganz unvernünftige "bürgerliche" Voreingenommenheiten. In Peter de Mendelsohns Mann-Biographie "Der Zauberer" finden wir einen ersten Brief des Senators Mann an seinen ältesten Sohn Heinrich. Zu diesem Brief vom 22. Februar 1891 kommentiert Mendelsohn: "Was stimmte den Senator so pessimistisch? Gingen die Geschäfte schlecht? Waren die Sozialdemokraten im Begriff, die Bürgerschaftswahlen zu gewinnen? Es dürfte vor allem letzteres gewesen sein." - "Tommy", also Thomas Mann, wußte aus der Schule besser Bescheid. In einem Rückblick auf seine hansestädtische Zeit lesen wir: "Es war die Zeit der alljährlichen Sedan-Feiern am 2. September, des bismarcktreuen National-Liberalismus, der schon oppositionelleren Freisinnspartei unter Eugen Richter, zu der merkwürdigerweise auch ein oder der andere klassisch gerichtete und an Schiller orientierte Oberlehrer unseres Gymnasiums sich bekannte, und der bedrohlich heranwachsenden Sozialdemokratie August



Eine erste Bilanz, sechs Monate nach der Direktwahl zu ziehen, ist sicherlich zu früh. Ich möchte jedoch folgendes festhalten:

1. Ob die ehemals aus den nationalen Parlamenten entsandten und nun mit dem Direktmandat ausgestatteten Parlamentarier den Neubeginn als Chance genutzt haben, wird sich spätestens 1984 erweisen. Dann nämlich, wenn die Europaabgeordneten nach fünfjähriger Wahlperiode erneut vor den Wähler treten und ihm Rede und Antwort stehen müssen für ihre Versprechungen von 1979 und deren Verwirklichung. Der Anfang ist gemacht. Die "Kinderkrankheiten" des Europäischen Parlaments scheinen überwunden zu sein.
2. Mit der Direktwahl sind dem Parlament nicht automatisch neue Befugnisse zugewachsen, die es ihm erleichtern würden, den Wählerauftrag aus einer schon jetzt gestärkten Position gegenüber den anderen europäischen Institutionen wie Europäischer Rat, Ministerrat und EG-Kommission zu erfüllen. Um einer stärkeren Position willen mußte sich das neue Parlament deshalb so schnell wie möglich selbst finden, das heißt seine eigenen Probleme - wie eine funktionale Geschäftsordnung - möglichst rasch in den Griff bekommen, um zur eigentlichen Aufgabe - nämlich zum politischen Handeln zu kommen. Diese Phase ist geschafft.
3. Eine fortgesetzte Verzettelung in Verfahrensfragen - wie wir sie in den ersten Sitzungswochen im vergangenen Jahr erlebt haben - hätten den Vertrauensvorschuß des Wählers und das im Großen und Ganzen positive Echo auf den Parlamentsbeginn schnell in Desinteresse und Argwohn umschlagen lassen. Deshalb war es umso wichtiger, sich ohne Zögern den politischen Inhalten zuzuwenden. Dabei geht es um nicht weniger als für uns alle lebenswichtige Fragen wie zum Beispiel Wirtschaftswachstum, Energieversorgung, Vollbeschäftigung und Umweltschutz, die ohne einheitliches europäisches Vorgehen nicht mehr gelöst werden können. Was zur Lösung dieser Probleme vom Europaparlament geleistet wurde - danach wird der Bürger fragen und sich künftig nicht mehr mit solchen pauschalen Appellen wie "Sagt Ja zu Europa" abspesen lassen.
4. Die Europaparlamentarier wissen, so hoffe ich, um die kritische Haltung, die es bei vielen Medien, bei den Antieuropäern und bei der großen Anzahl von Nichtwählern des 10. Juni nach wie vor gibt. Gerade diesen müssen sie beweisen, daß deren Vorbehalte zu unrecht bestehen. Das heißt: Mit Beiträgen zur Lösung zukunftsentscheidender Fragen überzeugen; sich fähig erweisen, diesen Forderungen eine nicht zu überhörende Stimme zu leihen.
5. Es erscheint mir besonders wichtig, daß das neue Parlament bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Grundhaltung in der ihm vertretenen Parteien und Fraktionen gerade für die Durchsetzung weiterer Kompetenzen und für sein Selbstverständnis da Konsens erreicht, wo dies für den europäischen Einigungsprozeß vonnöten ist. Bei dem Ringen um die Durchsetzung politischer Ziele sollte die Einheit der Demokraten und die Einheit der "Europäer" nicht aufs Spiel gesetzt werden. (-/11.1.1980/hl/ca)



Bebels, die damals - ich muß es aus lebendiger Erinnerung feststellen - in der Phantasie der Bürger genau die Rolle spielte, die heute dem Bolschewismus zugefallen ist: Sozialdemokratie, das war der Umsturz, das äußerste Sansculottentum, die Enteignung der Besitzenden, die Kulturzerstörung, Zerstörung überhaupt, und ich weiß noch, wie unser Schuldirektor einige böse Buben, die Tische und Bänke mit ihren Taschenmessern zerschneiden hatten, in einer Strafpredigt anherrschte: 'Ihr habt euch benommen wie die Sozialdemokraten!' Alles lachte in der Aula, auch die Lehrer, aber er donnerte: 'Da ist nichts zu lachen!'"

Ich (kehre von meiner Abschweifung zurück und) halte zweitens fest: Die sich schon seit den sechziger Jahren kräftig, dann auf die Jahrhundertwende zu mächtig entwickelnde Sozialdemokratie hat für das Selbstgefühl und, zunächst freilich ganz langsam, auch für die Lebensumstände der breiten Schichten unseres Volkes unendlich viel bedeutet. Sie hat die beiden großen Katastrophen - die von 1914/19 und die von 1933/45 - nicht zu verhindern vermocht. Doch alle Selbstkritik, die es gegeben hat und immer noch geben wird, vermag nichts an der geschichtlichen Tatsache zu ändern, daß wir uns in allem wesentlichen auf eine ungebrochene Tradition des Ringens um Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit stützen können.

Drittens drängen sich wichtige Besonderheiten der bremischen Entwicklung auf. Es darf hier immer wieder mit Stolz darauf hingewiesen werden, daß die Hitlerpartei am 5. März 1933 - also nach der "Machtübernahme", nach Reichstagsbrand und angelaufenem Terror - nicht mehr als 32,3 Prozent der Stimmen erhielt, verglichen mit 43,9 Prozent im Reich; die Sozialdemokraten (30,1 Prozent) waren nur knapp überholt worden; die Linke zusammengenommen war weitaus stärker (aber sie nahm sich nicht zusammen); und die sogenannten bürgerlichen Parteien ließen sich von rechts nach rechts außen drücken (um hinterher den berühmten Tritt ins verlängerte Rückgrat verpaßt zu bekommen).

Es gibt erschütternde Beweise von Standhaftigkeit, die Angehörige der bremischen Arbeiterbewegung während der Nazizeit bewiesen haben. Es gibt erstaunliche Ergebnisse der Plebiszite vom November 33 und August 34. Das waren nun gewiß auch nicht andeutungsweise freie Wahlen. Aber Bremen wich vorteilhaft vom Reich ab und, auf den zweiten Fall bezogen, lesen wir in einem Bericht des NS-Senats: "Eine Reihe von Wahllokalen zeigt 50 Prozent Nein-Stimmen auf. Hier in Bremen ist durchweg festzuhalten, daß in erster Linie in den Wohngebieten mit Überwiegender Arbeiterbevölkerung eine erhebliche Zunahme der Nein-Stimmen erfolgte." (Nach Dr. P. Brandt). Persönlich wird mir immer unvergessen bleiben, daß dies - neben Lübeck - die letzte Stadt war, mit der unsereins - bis tief in das Jahr 1944 - aus dem skandinavischen Exil einen regelmäßigen geheimen Kontakt halten konnte. Und ebenso wenig werde ich die Schilderungen derer vergessen können, die sich hier bei Kriegsende anschickten, als "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" das Heft in die Hand zu nehmen, dann aber von den einrückenden Alliierten erstmals abgesetzt und gerüffelt wurden.

Bremen hat eine starke freiheitliche Tradition; es hatte über die Jahrzehnte hinweg - und das ist mein vierter Punkt - fast immer eine sehr lebendige Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung: Anarcho-syndikalistische und linkssozialistische (linksradikale, wie sie sich selbst nannten) Strömungen vor dem Ersten Weltkrieg; nicht nur ein aus Bremen kommender Vorsitzender der Mehrheitssozialdemokraten, sondern dann auch fast eine ganze Führungsgarnitur deutscher Kommunisten (von denen die meisten, wie lokale Beispiele deutlich genug zeigen, nicht Stalinisten sein oder werden wollten). Im übrigen füge ich für den, der des Trostes bedarf, beruhigend hinzu: So links war die Bremer Partei nie, wie es ihre Verlautbarungen hätten vermuten lassen können. Ich habe einleitend gesagt,



wir sollten uns nicht einreden lassen, geistige Uniformität mache stark. Jetzt füge ich hinzu: Bremen ist ein gutes Beispiel dafür, daß nicht angstvolle Einengung des Denkens die Stärke unserer Partei ausmacht. So hart wie in fast keiner anderen größeren sozialdemokratischen Hochburg ist hier immer wieder um Meinungen gerungen worden - und fast nirgends sonst haben wir so beständige Mehrheiten aufzuweisen, die natürlich nicht zu Selbstgefälligkeit (oder gar Versorgungsdenken) verleiten dürfen.

Fünftens ist nun, ganz gewiß nicht nur der guten Ordnung halber, der großartige und überwiegend von Sozialdemokraten geführte Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg hervorzuheben. Der heutige Anlaß legt es nahe, die Rolle der Bürgerschaft, der Sozialdemokraten in der Bürgerschaft, deutlich zu betonen. Zugleich stellvertretend für andere, die sich große Verdienste erworben, darf ich hier August Hagedorn nennen, der ab Herbst 1946 zwei Jahrzehnte lang der Bürgerschaft vorsah - drei Jahre lang waren wir durch die Konferenz der Landtagspräsidenten enger verbunden. Wenn aber vom Aufbau nach dem Krieg die Rede ist, so kann - ohne die Leistungen anderer zu schmälern - nicht der Name des Mannes unerwähnt bleiben, dessen schlichte Größe uns Vorbild und Verpflichtung bleibt: Des Landesvaters Wilhelm Kaisen.

Selten habe ich ein Bekenntnis zu unserer Partei gehört, das in seiner Einfachheit so beeindruckend war, wie diese Worte Wilhelm Kaisens: "Ich bin seit sechzig Jahren Sozialdemokrat und werde es bis zum letzten Atemzuge bleiben. Warum? Nicht etwa, weil die SPD unfehlbar wäre, denn auch sie ist nur Menschenwerk. Aber sie ist seit ihrem Bestehen der ehrliche Anwalt der Millionen einfacher Menschen gewesen, die täglich im Arbeitsprozeß stehen und erst das Leben der Gesellschaft ermöglichen." Und er fuhr fort: "Die Träger dieser gesellschaftlich notwendigen Arbeit nicht nur vor Zerstörung und Elend zu bewahren, sondern auch auf die Erneuerung und Schulung dieser Kraft ständig bedacht zu sein, dies sei der eigentliche Inbegriff sozialdemokratischer Denkart und Zielsetzung: Ohne die fleißige und hingebende Arbeit der Sozialdemokratie würde die Arbeit in der Bilanz unserer Produktionskräfte nicht den Status haben, den sie zum Glück besitzt."

Am 24. Dezember wunderte ich mich nicht wenig über das, was eine relativ große, in Frankfurt erscheinende Zeitung über den Staatsakt zu berichten wußte, mit dem wir hier tags zuvor von Wilhelm Kaisen Abschied genommen hatten. Mir wird - in Ausführungszeichen! - in den Mund gelegt, ich hätte gesagt, Kaisen habe starke "Vorbehalte gegenüber dem reformerischen Sozialismus" gehabt. In Wirklichkeit sagte ich - so auch im Bulletin der Bundesregierung nachzulesen - in Bremen habe es damals (nämlich in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg) und später nicht an denen gefehlt, "die - anders als Kaisen - dem reformerischen Sozialismus mit starken Vorbehalten begegneten, um es ganz vorsichtig zu sagen". - So weit scheint eine gewisse reaktionäre Voreingenommenheit immerhin schon geführt zu haben, daß eine große Zeitung meinen läßt, für zwei so schreckliche Dinge wie Reformen und Sozialismus könne ein vernünftiger Mensch wie Kaisen doch unmöglich gewesen sein.... (-/11.1.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

